

## **Medienmappe Pressekonferenz #evakuierenJETZT**

---

Sperrfrist bis am 29. März 2021 um 9.30 Uhr

### ***Städte, Gemeinden und weite Teile der Zivilgesellschaft wollen und können geflüchtete Menschen aufnehmen. Wann endlich handelt der Bund?***

#### **Janine Bleuler, Kampagne #evakuierenJETZT**

132 Organisationen, verschiedenste Persönlichkeiten und eine breite Zivilgesellschaft mit über 50'000 Unterschriften forderten bereits vor einem Jahr die sofortige Evakuierung der Menschen aus den griechischen Camps. Die Kampagne evakuierenJETZT hat nebst Forderungen eine Vielzahl an Lösungen ans Staatssekretariat für Migration und den Bundesrat geschickt. Evakuierungsflüge, zivile Unterkünfte und die Bereitschaft der grössten Schweizer Städte zur Aufnahme von Geflüchteten sind nur einige Beispiele davon. Selbst der National- und Ständerat haben mit der Annahme der Motion "Aufnahme von Flüchtlingen aus Griechenland und Reform des Dublin-Abkommens" gegenüber dem Bundesrat klar signalisiert, dass die Schweiz mehr tun muss. Mit dem Osterappell wurde vor einem Jahr, nach Ausbruch der Corona-Pandemie, deutlich vor einer Katastrophe gewarnt. Einer Katastrophe, die am 09. September 2020 eingetroffen ist. In einem Ausmass, welches selbst wir uns nicht hätten vorstellen können. Das Camp Moria ist abgebrannt – die Bilder davon sind uns wohl allen noch im Kopf.

Viele Städte und Gemeinden der Schweiz haben sich solidarisch mit den Geflüchteten in Moria gezeigt und trotzdem sind bisher vom Bund keine grossen Taten gefolgt. Das SEM hat im Frühjahr 2020 versprochen, die Hilfe für Geflüchtete in Griechenland auszubauen. 23 unbegleitete Minderjährige durften daraufhin im Mai 2020 in die Schweiz einreisen, was als grosser Akt der Solidarität präsentiert wurde. Bis heute sind 66 dazugekommen. Minderjährige, welche die Schweiz mehrheitlich aufgrund von Familienzusammenführungen GESETZLICH sowieso aufnehmen musste. Nebst diversen internationalen Menschenrechtsabkommen ist der Schutz der Familie auch gemäss Art. 14 in der Bundesverfassung zu gewährleisten. Die Hilfeleistungen der Schweiz sind angesichts der Zustände vor Ort ein Hohn. Wir fordern weiterhin die Evakuierung der gesamten griechischen Camps. Moria 2.0 ist ein weiterer Schandfleck Europas und ein Mahnmal für das Versagen der humanitären Tradition der Schweiz und der europäischen Flüchtlingspolitik.

Ein Jahr lang hat der Bundesrat beschwichtigt und die Situation in Griechenland schöneredet. Diese Hinhaltenaktik muss ein Ende haben! Wir appellieren an den Bund, endlich zu handeln. Der Bund soll sich auf einen Dialog mit den aufnahmewilligen Städten, Gemeinden und Kirchgemeinden einlassen und seine humanitären Aufnahmeprogramme ausweiten. Die geflüchteten Menschen auf den griechischen Inseln müssen und können durch Europa und die Schweiz evakuiert werden.

#### **Für Rückfragen**

Deutsch	Janine Bleuler	079 375 10 57
Französisch	Pablo Cruchon	079 800 68 73
Italienisch	Salvatore Pittà	079 591 10 44

## Medienmappe Pressekonferenz #evakuierenJETZT

---

Sperrfrist bis am 29. März 2021 um 9.30 Uhr

### **Fabian Bracher, Kampagne #evakuierenJETZT (aus Griechenland zugeschaltet)**

Moria 2.0, das neue Flüchtlingscamp auf der Insel Lesbos, ist kein missratenes Lager, sondern das Ergebnis einer gewollten europäischen Abschreckungspolitik. Einer Politik, die Geflüchtete als Menschen dritter Klasse behandelt. Nach dem Grossbrand im Lager Moria im September 2020 mussten die Menschen aus dem Camp fast zwei Wochen auf den Strassen rund um die Brandruine ausharren. Sie wurden von der Polizei und Militär in einer begrenzten Zone eingekesselt. Humanitäre Hilfeleistungen wurden blockiert und die Menschen waren Naturgewalten aber auch rechtsextremistischen Attacken schutzlos ausgeliefert. Heute leben Sie in einem neuen Lager, das auf einem alten Schiessplatz eingerichtet wurde. Der Boden ist von Blei vergiftet, übersteigt an gewissen Orten massiv die in Griechenland gültige Obergrenze und birgt für die dort lebenden Menschen erhebliche Gesundheitsgefahren, wie auch Human Rights Watch in verschiedenen Statements bekräftigt<sup>1</sup>. Nach einem halben Jahr sind Infrastrukturarbeiten, welche für den Winter vorgesehen waren, noch immer nicht abgeschlossen.

Es gibt keinen Wasseranschluss zum Camp und keine adäquate Stromversorgung. Erst Anfang Dezember wurden 36 Duschen für knapp 7'000 Menschen aufgebaut. Die aufgebauten ToiToi Toiletten sind oft verdreckt und unbenutzbar. Vulnerable Personen, chronisch Kranke, körperlich Beeinträchtigte und krebskranke Menschen leben in den UNHCR-Zelten auf kaltem Boden. 2-3 Familien teilen sich ein Zelt - oft sind das 10-14 Personen auf engstem Raum. Nur einmal pro Woche dürfen die Menschen das Camp verlassen. Ab 5 Uhr Abends und jeden Sonntag sind sie eingesperrt. Die psychische Belastung für die Menschen in diesen Zuständen ist enorm. Psychologische Hilfeleistungen sind überlastet und haben lange Wartezeiten. MSF hat alleine im letzten Jahr über 50 Kinder mit schweren Selbstzerstörung Gedanken und Suizidversuchen behandelt<sup>2</sup>. Die jüngsten davon 8 Jahre alt. In Moria 2.0, in Europa werden Zukünfte, es werden Menschen zerstört.

Doch statt humane Zustände zu schaffen und grundlegendste Bedürfnisse zu decken werden die Zustände schöneredet, die Öffentlichkeit belogen. Während die offizielle Schweiz immer wieder betont, dass sie mit Hilfe vor Ort die Zustände für die Menschen verbessert, kann ich aus eigener Erfahrung sagen: Dem ist nicht so. Dieses sogenannt temporäre Lager, in welchem die Menschen nun schon ein halbes Jahr ausharren, war nie geplant und hätte niemals aufgebaut werden dürfen.

## Medienmappe Pressekonferenz #evakuierenJETZT

---

Sperrfrist bis am 29. März 2021 um 9.30 Uhr

Umzäunte Lager waren, sind und werden nie eine Lösung sein! Um die Zustände vor Ort zu verbessern, müssen jetzt alle Geflüchteten von den griechischen Inseln evakuiert werden. Es braucht eine Neuausrichtung der Europäischen Migrationspolitik. Eine Politik bei der Solidarität, Menschlichkeit und die unbedingte Einhaltung der Menschenrechte im Fokus liegen. Und es braucht sichere Fluchtwege, damit die Tragödien im Mittelmeer und der Ägäis endlich ein Ende finden. Die Solidarität der Städte und Gemeinden ist dabei ein zentrales Mittel um Veränderung zu bewirken. Nachdem sich zum Beispiel in Deutschland seit Jahren Städte und Bundesländer solidarisch zeigen und mehr Geflüchtete aufnehmen wollen, können derzeit 1'500 Menschen direkt von der Insel Lesbos nach Deutschland umgesiedelt werden. Auch in der Schweiz soll das möglich werden - dank dem Druck der Städte und dank der Solidarität der Zivilgesellschaft.

1

<https://www.hrw.org/news/2021/01/27/greece-migrant-camp-lead-contamination>

2

<https://www.woz.ch/2111/das-stille-drama-von-lesbos/sie-schlagen-ihren-kopf-gegen-die-wand>

### **Für Rückfragen**

Fabian Bracher, +41 79 261 21 80 / +30 694 445 69 78, [fabian@evakuieren-jetzt.ch](mailto:fabian@evakuieren-jetzt.ch)

### **Sifiso Khumalo, ehemalige Bewohnerin von Moria (aus Griechenland zugeschaltet)**

Mein Name ist Sifiso. Ich komme aus Simbabwe und bin 37 Jahre alt. Ich lebe in Mytilini und arbeite im One Happy Family Community Centre als Koordinatorin für Logistik und Beschaffung. Ich fing an, OHF als Besucherin zu besuchen, mir gefiel der Ort und ich wurde Gemeindefreiwillige und später Küchenkoordinatorin. Wir servierten mehr als 1'000 Mahlzeiten pro Tag, was sehr wertvoll für die Lagerbewohner\*innen war, die nahrhafte, frisch zubereitete Mahlzeiten auf eine würdige Art und Weise zu essen bekamen. Obwohl die Zubereitung der Mahlzeiten eine Menge Arbeit war, machte uns das Lächeln auf den Gesichtern der Menschen nach dem Essen glücklich und das hielt uns aufrecht. Leider mussten wir die Zubereitung der Mahlzeiten aufgrund der Pandemie und der strengen Gesetze, die den NGOs auferlegt wurden, einstellen.

Genug von OHF für jetzt, lassen Sie mich Ihnen die Realität wie sie im Lager ist näher bringen. Ich werde Ihnen von meiner Lebensgeschichte als Bewohnerin von Moria erzählen, als ich 2018 auf der Insel ankam. Ich blieb 2018 für 10 Monate in Moria. Als ich ankam, gab es 8'000 Menschen und die Lebensbedingungen waren unerträglich. Ich lebte in einem Sommerzelt ohne Schutz vor schlechtem Wetter, was schlaflose Nächte bei Wind, Regen, Kälte und auch bei Hitze bedeutete, denn wie Sie wissen, kann es in Griechenland ziemlich heiß werden. Wir teilten uns ein paar Badezimmer und Duschen mit der gesamten Bevölkerung, was schlechte sanitäre Einrichtungen bedeutete. Es gab lange Warteschlangen bei allen Dienstleistungen, was zu Spannungen unter den Lagerbewohner\*innen führte. Die größten Kämpfe gab es immer in den Essensschlangen.

Die Zahlen verdoppelten sich im folgenden Jahr, was die Situation noch schlimmer machte. Obwohl ich das Lager verlassen hatte, konnte ich mir die schlechten Lebensbedingungen in Moria immer noch vorstellen und kann mir die Lebensbedingungen im neuen Lager immer noch vorstellen - ich hasse es, es das "neue" Lager zu nennen, da ich persönlich denke, dass etwas Neues angenehm sein sollte. Erlauben Sie mir, es als Moria 2 zu bezeichnen, da dort ähnliche Lebensbedingungen herrschen, wenn nicht noch schlimmer. Ich habe Freunde, die in Moria 2 leben und sie erzählen mir, wie es dort im Vergleich zu Moria ist. Sie sagen, das Schlimmste ist, kein Wasser zum Duschen zu haben, so dass ihnen keine andere Wahl bleibt, als im Meer zu baden. Sie sagen, dass das Leben neben dem Meer das Lager kalt macht, aber es erinnert sie auch an die schreckliche Reise, die sie unternommen haben, um nach Lesbos zu kommen.

## Medienmappe Pressekonferenz #evakuierenJETZT

---

Sperrfrist bis am 29. März 2021 um 9.30 Uhr

Ausbruch von Ruhr und vielen anderen Krankheiten aufgrund der schlechten sanitären Verhältnisse. Weniger Bewegungsfreiheit aufgrund der Beschränkungen durch COVID und mehr Kontrollen in Moria 2 lassen die Menschen sich gefangener fühlen, verglichen mit Moria, das natürlich wie ein Leben in der Hölle war. Ein unsicherer Ort, weil die Menschen zu lange an einem Ort mit gemischten Nationalitäten gehalten werden, was zu Frustrationen und Kämpfen führt.

Ich weiß nicht, was Quarantäne in einem Lager mit 7'000 Menschen bedeutet. Wie können die Menschen social distancing praktizieren, wenn sie in langen Schlangen stehen müssen, um alle Dienstleistungen zu erhalten – das ist ein Denkanstoß. Meine Meinung ist, dass Moria wie die Hölle war, aber ich denke, dass die Situation im sogenannten neuen Lager - Moria 2 - noch schlimmer ist. Mir blutet das Herz, wenn ich an die Kinder denke, die diesen Lebensbedingungen ausgesetzt sind, danach an alle. Am besten wäre es, die Lager zu evakuieren und die Menschen unter ordentlichen Lebensbedingungen leben zu lassen, denn sie sind Menschen.

Sperrfrist bis am 29. März 2021 um 9.30 Uhr

### **Pablo Cruchon, Amnesty Schweiz**

#### **Gesamtkontext<sup>1</sup>**

16'000 Geflüchtete und Asylsuchende halten sich auf den Ägäischen Inseln auf.

12'100 (76%) wohnen in permanenten und temporären Registrierungs- und Identifikationszentren (RICs).

Die Mehrheit der Geflüchteten auf den Ägäischen Inseln stammt aus Afghanistan (49%), Syrien (16%) und Somalia (8%).

Frauen stellen 21 % der geflüchteten Bevölkerung dar.

Kinder stellen 26% der Anwesenden dar, davon sind fast 7 von 10 unter 12 Jahren alt. Etwa 6 % der Kinder sind unbegleitet, hauptsächlich aus Afghanistan.

#### **Moria**

Im September 2020 verwüstete eine Reihe von Bränden das Registrierungs- und Identifikationszentrum (RIC) Moria und machte 12.000 Menschen obdachlos. Die Behörden haben ein Notfallcamp errichtet. Derzeit leben dort etwa 6.900 Menschen bei einer geschätzten Kapazität von 3.500. Das neue Camp befindet sich auf einem ehemaligen Militärschiessplatz. Wie die griechischen Behörden eingeräumt haben<sup>2</sup>, ist der Boden mit Blei kontaminiert, welche an einigen Stellen den gesetzlichen Grenzwert überschreitet und für die dort lebenden Menschen ein Gesundheitsrisiko darstellen könnte. Human Rights Watch hat die Behörden auf dieses Problem aufmerksam gemacht. Die griechischen Behörden haben dies bestätigt und haben Sanierungs- und Infrastrukturarbeiten geplant. Nach sechs Monaten sind diese Arbeiten noch immer nicht abgeschlossen.<sup>3</sup>

Die Probleme im Lager sind vielfältig (Angaben des UNHCR vom 17. Januar)<sup>4</sup>:

- Unzureichende Elektrizität
- Zelte ohne Boden (220 Zelte ohne Boden)
- Kochen ist nicht erlaubt.
- Nicht genügend Frauen-Toiletten
- Bildung: kein reguläres Programm, keine kinderfreundlichen Räume.
- Weniger als 25% der Kinder nehmen an einer Bildungsmassnahme teil.
- Hohe Spannungen zwischen den verschiedenen Gemeinschaften
- Das Camp ist nicht für Menschen mit besonderen Bedürfnissen geeignet.
- Der Zugang zur Grundversorgung ist beschränkt.
- Kinder in beunruhigenden mentalen Zuständen.<sup>5</sup>
- Bleikontamination im Boden.<sup>6</sup>

## Medienmappe Pressekonferenz #evakuierenJETZT

---

Sperrfrist bis am 29. März 2021 um 9.30 Uhr

### Für Rückfragen

Pablo Cruchon 079 800 68 73

1

UNHCR-Daten vom 17 März <https://data2.unhcr.org/en/documents/details/85515> am 22. März aufgerufen

2

<https://migration.gov.gr/en/kato-apo-ta-diethni-oria-ta-epipedamolyvdoy-sto-mavrovouni/> am 23. März aufgerufen

3

<https://www.hrw.org/news/2021/01/27/greece-migrant-camp-lead-contamination> am 18. März aufgerufen

4

[https://www.google.com/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=&ved=2ahUKEwi\\_i4arhMTvAhVEDOwKHVdRBE4QFjACegQIARAD&url=https%3A%2F%2Fdata2.unhcr.org%2Fen%2Fdocuments%2Fdownload%2F53941&usg=AOvVaw1PcJT5iNNMYZbNiRPZE4Pj](https://www.google.com/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=&ved=2ahUKEwi_i4arhMTvAhVEDOwKHVdRBE4QFjACegQIARAD&url=https%3A%2F%2Fdata2.unhcr.org%2Fen%2Fdocuments%2Fdownload%2F53941&usg=AOvVaw1PcJT5iNNMYZbNiRPZE4Pj) am 22. März aufgerufen (UNHCR-Daten vom 17 März) - siehe Seite 49

5

MSF hat im Jahr 2020 fünfzig Kinder wegen schwerer Selbsttötungsgedanken oder Suizidversuchen behandelt.

<https://www.woz.ch/2111/das-stille-drama-von-lesbos/sie-schlagen-ihren-kopf-gegen-die-wand> am 22. März aufgerufen

6

<https://migration.gov.gr/en/kato-apo-ta-diethni-oria-ta-epipedamolyvdoy-sto-mavrovouni/> am 23. März aufgerufen

Sperrfrist bis am 29. März 2021 um 9.30 Uhr

*Redebeitrag der Allianz*

*«Städte und Gemeinden für die Aufnahme von Flüchtlingen»*

### **Einführung**

#### **Thierry Steiert, Stadtamman, Fribourg**

Auch meine KollegInnen und ich begrüßen Sie an der heutigen Medienkonferenz. Wir vertreten am heutigen Anlass die Allianz «Städte und Gemeinden für die Aufnahme von Flüchtlingen». Dieser Zusammenschluss von mittlerweile 16 Schweizer Städten und Gemeinden hat sich im Frühsommer 2020 gebildet. Die beteiligten Gemeinden wollen, dass die Schweiz mehr geflüchtete Menschen aufnimmt und sind bereit, diese zusätzlichen Menschen bei sich zu beherbergen.

Schon vor dem letzten Jahr hatten verschiedene Städte und Gemeinden immer wieder einzeln gegenüber dem Bund ihre Bereitschaft signalisiert, mehr Flüchtlinge aufzunehmen. Diese Angebote sind aber stets ungehört verhallt.

Als uns dann im Frühling des letzten Jahres die Bilder aus dem völlig überfüllten Lager Moria auf der Insel Lesbos erreichten, haben sich die acht grössten Schweizer Städte zusammengetan, um ihrem gemeinsamen Anliegen mehr Gewicht zu verleihen. Im Rahmen des Osterappells 2020 haben wir unsere Forderung dann auch öffentlich bekräftigt. Die klare Botschaft damals und heute ist: Die Schweiz kann und muss mehr tun, um das Leid der geflüchteten Frauen, Männer und Kinder an den Aussengrenzen Europas zu lindern.

Hilfe vor Ort ist richtig und wichtig. Aber die humanitäre Tradition unseres Landes darf sich nicht in der materiellen Unterstützung vor Ort erschöpfen. Die Schweiz soll auch hier bei uns einen Beitrag leisten.

Die Allianz «Städte und Gemeinden für die Aufnahme von Flüchtlingen» fordert darum wie auch zahlreiche zivilgesellschaftliche Akteure, NGOs und politisch Verantwortliche den Bundesrat dazu auf, der humanitären Tradition unseres Landes entsprechend zu handeln und möglichst viele Geflüchtete aus den Lagern entlang der Fluchtrouten in die Schweiz zu holen.



### ***Das Angebot der Allianz «Städte und Gemeinden für die Aufnahme von Flüchtlingen»***

**Franziska Teuscher, Gemeinderätin, Direktorin für Bildung, Soziales und Sport, Bern**

Sie haben es von meinem Vorredner gehört: 16 Städte und Gemeinden sind Stand heute bereit, mehr Verantwortung zu übernehmen und zusätzliche Flüchtlinge aufzunehmen. Das ist ein starkes Zeichen. Denn auch wenn die Schweizer Asylpolitik grundsätzlich in der Kompetenz des Bundes liegt, sind die Städte und Gemeinden unabdingbare Partner – je nach Kanton schon bei der Unterbringung, vor allem aber bei der eigentlichen Integrationsarbeit. Städte und Agglomerationen sind traditionelle Ankunftsorte für viele Migrantinnen und Migranten. Deshalb müssen sie eine Vorreiterrolle übernehmen und fortschrittliche, innovative Ansätze zur besseren Integration erproben und in die Praxis umsetzen. Dabei gehen die Städte gemeinsam mit lokalen zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen häufig weit über den gesetzlichen Auftrag hinaus. Ebendiese Städte haben in der Vergangenheit gezeigt, dass sie in der Lage sind, auch eine grosse Zahl von Geflüchteten sehr kurzfristig und angemessen unterzubringen, zu betreuen und diesen eine Zukunft in unserer Gesellschaft zu ermöglichen. Dazu sind sie jederzeit erneut bereit.

Dieses Angebot gilt über das heutige Engagement mit dem heute geltenden Verteilschlüssel zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden hinaus. Die Städte wollen zusammen mit dem Bund pragmatische Wege finden, wie eine zusätzliche Aufnahme von Flüchtlingen und eine entsprechende Verteilung dieser Menschen auf die aufnahmebereiten Städte und Gemeinden umgesetzt werden kann. Die Allianz der Städte und Gemeinden ist sicher, dass sich ein gangbarer Weg finden lässt. Dies zur Linderung kurzfristiger Not, aber auch als Bestandteil einer längerfristigen Weiterentwicklung der humanitären Tradition unseres Landes.

### ***Es braucht einen Richtungswechsel in der Flüchtlingspolitik***

#### **Raphael Golta, Sozialvorsteher, Zürich**

Was fehlt heute, um den Forderungen der Allianz nachzukommen und mehr geflüchtete Menschen in unserem Land aufzunehmen? Es ist insbesondere der politische Wille auf Bundesebene. Begründet wird diese passive Haltung des Bunds stets durch das Primat der Hilfe vor Ort und der notwendigen Abstimmung mit der europäischen Flüchtlingspolitik.

Dies sind für die Allianz «Städte und Gemeinden für die Aufnahme von Flüchtlingen» keine Argumente, die ein stärkeres Engagement in der Schweiz ausschliessen. Wenn die Hilfe vor Ort an ihre Grenzen stösst, müssen wir die Betroffenen in unserem Land aufnehmen. Es braucht mehr als blosser Hilfe vor Ort und die europäische Flüchtlingspolitik setzt unserer Ansicht nach zu einseitig auf Abschottung Europas.

Die Schweiz hat aufgrund ihrer ausgeprägten humanitären Tradition eine besondere Verantwortung gegenüber geflüchteten Menschen und kann und muss mehr tun.

Es ist richtig, dass wir nicht sämtliche Not auf den weltweiten Fluchtrouten im Alleingang lindern können. Aber wir können wesentlich mehr tun, als das heute der Fall ist.

Mit dem beschleunigten Asylverfahren und der Integrationsagenda haben wir in der Schweiz gemeinsam die Schweizer Flüchtlingspolitik weiterentwickelt. Wir verfügen heute über die geeigneten Strukturen, um geflüchteten Menschen einerseits ein schnelles Asylverfahren zu ermöglichen. Andererseits haben wir wirksame Mittel zur Hand, um diejenigen Menschen, die dauerhaft in unserem Land bleiben werden, nach besten Kräften und wirkungsvoll bei ihrer Integration zu unterstützen. Diese Ausgangslage gilt es nun zu nutzen und die Schweizer Asyl- und Integrationspolitik durch einen dritten Pfeiler zu ergänzen: Die verstärkte Aufnahme geflüchteter Menschen durch Schweizer Gemeinden, die dazu bereit sind.

## **Medienmappe Pressekonferenz #evakuierenJETZT**

---

Sperrfrist bis am 29. März 2021 um 9.30 Uhr

### ***Allianz «Städte und Gemeinden für die Aufnahme von Flüchtlingen»***

Eine grosse Zahl Städte und Gemeinden ist bereit, über die bestehenden Verpflichtungen hinaus zusätzliche Geflüchtete aufzunehmen. Angesichts der humanitären Notsituation in den Konfliktregionen, auf den Fluchtwegen und an den Grenzen Europas fordern sie den Bundesrat zum Handeln auf: Hilfe vor Ort allein genügt nicht - die Schweiz kann und muss mehr tun!

### **Mitglieder Allianz «Städte und Gemeinden für die Aufnahme von Flüchtlingen» (Stand März 2021)**

#### **Baden**

Kontakt: Regula Dell'Anno-Doppler, Stadträtin Gesundheit / Soziales und Frau Vizeammann, regula.dellanno@baden.ch

#### **Basel**

«Der politische Wille mehrerer Städte, Gemeinden und einzelner Kantone, zusätzliche Flüchtlinge in Not aus Krisensituationen in die Schweiz aufzunehmen, ist klar deklariert. Wir erwarten vom Bund, dass er dieses Anliegen der Allianz «Städte und Gemeinden für die Aufnahme von Flüchtlingen» und breiter Kreise der Zivilbevölkerung ernst nimmt. Mehr zu tun ist machbar und dringend notwendig.»

Kontakt: Regierungsrat Kaspar Sutter, Vorsteher des Departements für Wirtschaft, Soziales und Umwelt des Kantons Basel-Stadt, Tel. +41 61 267 85 41

#### **Bern**

Kontakt: Franziska Teuscher, Gemeinderätin, Direktorin für Bildung, Soziales und Sport, Tel. +41 31 321 64 33 (vor Ort an der Medienkonferenz am 29. März 2021)

#### **Delémont**

“Nach dem Brand des Lagers Moria wurden die Stadt Delémont von einer Petition mit 200 Unterschriften aufgefordert und ermutigt sich für einen grösseren Empfang von Geflüchteten aus den griechischen Inseln zu engagieren. Der Stadtrat hat dies mit der zuständigen AJAM (Association jurassienne d'accueil des migrants) abgesprochen. Durch unsere Beteiligung an der Allianz wollen wir den Bundesrat auffordern Schritte zu unternehmen um dieses Engagement zu ermöglichen.

Kontakt: Gemeinderätin Esther Gelso, zuständig für Soziales, Tel 032 421 91 81

#### **Fribourg**

Kontakt: Thierry Steiert, Stadtamman, Tel. +41 26 351 71 63 (vor Ort an der Medienkonferenz am 29. März 2021)

#### **Genf**

Kontakt: Christina Kitsos, Stadträtin, zuständig für Soziales und Solidarität, Tel. +41 22 418 49 10

## **Medienmappe Pressekonferenz #evakuierenJETZT**

---

Sperrfrist bis am 29. März 2021 um 9.30 Uhr

### **Kriens**

Kontakt: Cla Büchi, Sozialvorsteher, Tel. +41 41 329 63 50

### **Lausanne**

“Die Bemühungen der Bundesbehörden für den Empfang von Geflüchteten aus den Lagern der griechischen Inseln sind völlig ungenügend. Die Schweiz und die Städte haben eine grosse Aufnahmekapazität. Die Dublin-Verordnungen zu reformieren sind keine Lösung für die jetzige Krise sondern müssen als Mittel zur Verhinderung späterer Krisen gesehen werden.”

Grégoire Junod, Stadtpräsident Lausanne, Tel. +41 21 315 22 00,  
gregoire.junod@lausanne.ch

“Die Stadt Lausanne hat eine lange Tradition des Empfangs und Schutzes für Verfolgte. In Anbetracht der akuten Krise auf den griechischen Inseln wollen wir dieses humanitäre und solidarische Engagement verstärken. Damit können wir den Bundesbehörden und den anderen Städte die bedeutende Rolle aufzeigen, die für die Integration und den Empfang von Geflüchteten gespielt werden kann. Diese Personen tragen zum Wohlstand bei und bringen eine kulturelle Bereicherung unserer Stadt.”

Oscar Tosato, Gemeinderat für Soziales und Sport, Tel +41 21 315 42 00  
oscar.tosato@lausanne.ch

### **Luzern**

Kontakt, Martin Merki, Stadtrat, Sozial- und Sicherheitsdirektion,  
Tel. +41 41 208 81 32  
Erreichbar für Medienanfragen am Montag, 29. März, 11.30 bis 12 Uhr

### **Moutier**

Kontakt: Marcel Winistoerfer, Bürgermeister, Tel. +41 32 494 11 11

### **Prilly**

Kontakt: Antoine Reymond, Gemeinderat, Finanzen - Schulen-Sicherheit-Kultur,  
Tel +41 21 622 72 11

### **Spiez**

Kontakt: Anna Fink, Gemeinderätin, Sozialvorsteherin, Tel. +41 33 654 86 75

### **St. Gallen**

«Die Stadt St.Gallen fordert als Mitglied der Allianz «Städte und Gemeinden für die Aufnahme von Flüchtlingen» vom Bund weiterhin mit Nachdruck, dass er sich bereit erklärt, zusätzliche Flüchtlinge aufzunehmen, welche unter prekären Bedingungen ihr Dasein fristen, ja fristen müssen. Weder als Stadt St.Gallen noch als kleines Binnenland Schweiz dürfen wir vor dem Elend, das sich in Krisenregionen, auf Fluchtrouten und in Flüchtlingslagern abspielt, die Augen verschliessen.»

Kontakt: Dr. Sonja Lüthi, Stadträtin St.Gallen, Tel. +41 71 224 56 35, sonja.lue-  
ethi@stadt.sg.ch

## **Medienmappe Pressekonferenz #evakuierenJETZT**

---

Sperrfrist bis am 29. März 2021 um 9.30 Uhr

### **Wil SG**

Kontakt: Dario Sulzer, Stadtrat, Departement Gesellschaft und Sicherheit, Tel. +41 71 913 52 37

### **Winterthur**

«Wir Städte sind bereit, unseren Beitrag zu leisten, um in Notsituationen zusätzliche Flüchtlinge aufzunehmen. Das entspricht unserer humanitären Tradition. Bereits in der Flüchtlingskrise von 2015/2016 haben wir bewiesen, dass die Städte dank ihrer Offenheit und dank dem Engagement ihrer Zivilbevölkerung eine Vielzahl von Flüchtlingen aufnehmen und integrieren können.»

Kontakt: Nicolas Galladé, Stadtrat, Vorsteher des Departements Soziales, Tel. +41 79 225 33 70

### **Zürich**

Kontakt: Raphael Golta, Sozialvorsteher, Tel. +41 44 412 60 27 (vor Ort an der Medienkonferenz am 29. März 2021)

### **Claude Braun, Europäisches BürgerInnen Forum (EBF)**

Im Anschluss an die Lancierung des Osterappells 2020 haben die acht grössten Städte der Schweiz sich dem Aufruf für die Evakuierung der griechischen Inseln angeschlossen und dann im Rahmen der Städte-Allianz noch weitere acht dazugeholt. Somit sind per 19.3.2021 sechzehn Städte dabei.

Parallel dazu hat das EBF eine Gemeinde-Petition formuliert<sup>1</sup>, die vom EBF und anderen Organisationen in Umlauf gebracht wurde. Tausende von Menschen haben mit ihrer Unterschrift ihre Wohngemeinde aufgefordert sich dem Appell anzuschliessen. Das Netzwerk Seebrücke<sup>2</sup> hat v.a. von lokalen Gruppen ausgehend in die gleiche Richtung gestossen, lokale Gruppen wie das Solinetz Ostschweiz und andere ebenfalls.

Dies alles hat zur Folge gehabt, dass sich zusätzlich zu den 16 Gemeinden in der Allianz noch 19 weitere Städte und Dörfer engagiert haben. Es sind dies kleine und grosse Gemeinden kreuz und quer durch die Schweiz, fast aus allen Kantonen. Weiter unten ist die vollständige Liste. Hier seien nur exemplarisch genannt die zwei kleinsten Gemeinden Cormoret (BE) mit 491 EinwohnerInnen und Penthelaz (VD) mit deren 3283.

In ihren Stellungnahmen waren die Gemeinden auch sehr unterschiedlich. So hat Sevelen explizit die Anzahl Familien vorgerechnet, die aufgenommen werden könnten: „(...) Interne Abklärungen haben ergeben, dass mittelfristig eine Familie, zusätzlich zu dem bestehenden Kontingent, aufgenommen werden könnte. Momentan leben in Sevelen 38 aufgenommene Asylbewerber und Flüchtlinge.“. Währenddem die meisten anderen Beschlüsse sich auf die grundsätzliche vermehrte Aufnahmebereitschaft ihrer Gemeinde festlegten.

Zu guter Letzt möchte ich diese kleine Walliser Gemeinde zitieren, die sagt, dass sie zwar nicht die politische Kompetenz hätte sich für die Aufnahme von Geflüchteten in ihrer Gemeinde auszusprechen, dass aber jedes Mitglied des Gemeinderates vor Ende Jahr 100 Franken an Organisationen überweisen würde, die sich für das Wohl der Geflüchteten einsetzen<sup>3</sup>. Und des weiteren erinnere ich gerne daran, dass Wil, wo Frau Keller-Sutter in den 90er Jahren als Gemeinderätin amtierte, sich ebenfalls der Allianz angeschlossen hat und damit mehr Herz und Verstand zeigt als die Bundesrätin. Nicht nur fehlt dem EJPD und dem SEM jegliche Spur von Menschlichkeit in der Handhabe dieses Dramas an den Toren Europas, sondern sie verweigern sich bisher dem Dialog mit den Städten und Gemeinden. Wir fordern Frau Keller-Sutter und Herrn Gattiker dringend auf dies jetzt zu tun.

## **Medienmappe Pressekonferenz #evakuierenJETZT**

---

Sperrfrist bis am 29. März 2021 um 9.30 Uhr

### **Die weiteren Gemeinden, die sich dem Aufruf angeschlossen haben**

Aarau, Arlesheim (BL), Biel, Brugg (AG), Burgdorf, Cormoret (BE), Kriens (LU), Laufenburg (AG), Lenzburg (AG), Neuchâtel, Penthalaz (VD), Saignelégier (JU), Sainte-Croix (VD), Sevelen (SG), Solothurn, Teufen (AR), Vernier (GE), Windisch (AG), Wohlen (BE).

1

<https://forumcivique.org/artikel/aufruf-an-die-gemeinden-nehmt-gefluechtete-von-den-griechischen-inseln-auf/>

2

<https://seebruecke.ch/ueber-uns/erfolge/>

3

Brief der Gemeinde Grimisuat vom 6.11.2020

### **Für mehr Informationen**

Claude Braun, 076 461 46 41, [ch@forumcivique.org](mailto:ch@forumcivique.org)

### **Franziska Driessen-Reding, Präsidentin Synodalrat, Katholische Kirche im Kanton Zürich (aus Zürich zugeschaltet)**

Flucht und Migration, ob aus wirtschaftlicher Not, aus Hunger oder wegen politischer Verfolgung, spielen in der gesamten jüdischen und christlichen Tradition eine zentrale Rolle. Die Bibel selbst, ob altes oder neues Testament, sind voll von Fluchtgeschichten: Abraham, den sowohl Juden wie Christen und Muslime als gemeinsamen Stammvater verehren, floh wegen einer Hungersnot aus seiner Heimat Ur bis nach Ägypten. Sein ganzes Leben war er kreuz und quer durch die vorderasiatischen Länder auf der Flucht. Mose floh vor der Unterdrückung durch den Pharao. Jesus war schon kurz nach seiner Geburt mit seinen Eltern auf der Flucht vor dem König Herodes.

Dies sind nur drei der berühmtesten Fluchtgeschichten der Bibel, es gibt unzählige weitere.

Dementsprechend wird auch die Aufnahme von Flüchtlingen und der Umgang mit ihnen in den Heiligen Schriften der Christen und Juden immer wieder thematisiert. Am prägnantesten im Matthäusevangelium, wo Jesus sagt: «Ich war fremd und obdachlos, und ihr habt mich aufgenommen. Was ihr meinen geringsten Brüdern und Schwestern getan habt, das habt ihr mir getan.»

Die Aufnahme von Menschen auf der Flucht gehört zur DNA der christlichen Kirchen, quasi zum Grundauftrag. Als Christinnen und Christen haben wir Flüchtenden beizustehen, ohne vorher abzuklären, woher sie kommen und ob sie 'berechtigte' Gründe für ihre Flucht angeben können. Wer im Mittelmeer treibt, muss vor dem Ertrinken gerettet werden und muss in einem sicheren Hafen an Land gehen dürfen. Die christliche Motivation unterscheidet sich hier fundamental von einem staatlichen Handeln, welches neben humanitärem Beweggrund auch nach wirtschaftlicher Konsequenz und politischer Opportunität fragt.

Die katholische Kirche in Zürich hat keine fixe Infrastruktur für die Aufnahme von Flüchtlingen. Unsere Stärke ist ein feingliedriges Netz von engagierten Freiwilligen, die immer dann aktiv werden, wenn die Not es erfordert. So zum Beispiel in der Flüchtlingswelle 2015, wo wir auch eine Koordinationsstelle für die verschiedensten lokalen und regionalen Basisaktivitäten schufen, welche nach wie vor aktiv ist und bei der Caritas Zürich angesiedelt ist. So übrigens auch während der Corona-Krise, wo Pfarreien und Kirchengemeinden ökumenisch vereint die Not von Obdachlosen, Randständigen, Sans-Papiers und ausländischen Sexarbeitenden lindern. Dank diesem Netz von Freiwilligen werden wir auch wieder unseren Beitrag leisten, um dem unsäglichen Leid der Flüchtlinge in griechischen Lagern ein Ende zu bereiten und zumindest die am meisten verwundbaren Menschen bei uns aufzunehmen. Der Kanton weiss, dass wir zur Verfügung stehen. Es liegt am Bund, endlich ein Zeichen der Humanität zu setzen. Wir werden als Kirchen parat sein.

### **Für Rückfragen**

Franziska Driessen-Reding: 079 861 17 38, [franziska.driessen@zhkath.ch](mailto:franziska.driessen@zhkath.ch)



## **Medienmappe Pressekonferenz #evakuierenJETZT**

---

Sperrfrist bis am 29. März 2021 um 9.30 Uhr

### **Roman Häfliger, Pfarrer, Reformierte Kirche Burgdorf**

«Ich war fremd, und ihr habt mich aufgenommen. Ich war nackt, und ihr habt mich bekleidet. Ich war krank, und ihr habt euch meiner angenommen. Ich war im Gefängnis, und ihr seid zu mir gekommen.» (Matthäus 25,35-36)

Diese Aussagen aus dem Matthäus-Evangelium fordern uns unmissverständlich auf zu helfen, wenn wir sehen, dass Menschen leiden.

Seit Jahren nehmen wir zur Kenntnis, dass an den Aussengrenzen Europas Menschen in unwürdigen Zuständen leben: Sie sind fremd, haben keine Ausrüstung, sind Krankheiten schutzlos ausgeliefert und ihrer Freiheit beraubt.

Die bisherigen politischen Massnahmen kommen der obenstehenden Anforderung bei weitem nicht nach. Deswegen werden wir als reformierte Kirche Burgdorf aktiv. Wir fordern den Bund dazu auf, sich nicht nur auf die Hilfe für die Menschen vor Ort zu konzentrieren. Wie die vorangehenden Redebeiträge gezeigt haben, ist und bleibt die Not der Menschen in Griechenland gross. Die Schweiz soll und kann besonders vulnerable Geflüchtete direkt aus Griechenland aufnehmen.

Gerne bieten wir als Kirchgemeinde Burgdorf unser Mitwirken sowie unsere Fachkompetenzen und Ressourcen bei der Betreuung der Aufgenommenen an.

Wir sind bereit, unsere bestehende Migrationsarbeit personell aufzustocken. Die Stadt Burgdorf hat dem Bund eine Notunterkunft zur Unterbringung von Geflüchteten angeboten. Als Kirchgemeinde begleiten wir die Neuankömmlinge aktiv bei ihrer Integration. Dabei greifen wir auf mehrjährige Erfahrung zurück – und auf unsere gute Zusammenarbeit mit den politisch Verantwortlichen.

### **Für Rückfragen**

Pfr. Roman Häfliger: roman.haefliger@ref-kirche-burgdorf.ch, 078 852 27 54

Anette Vogt, eidg. dipl. Migrationsfachfrau: anette.vogt@ref-kirche-burgdorf.ch, 078 879 97 24

## **Medienmappe Pressekonferenz #evakuierenJETZT**

---

Sperrfrist bis am 29. März 2021 um 9.30 Uhr

### **Miriam Helfenstein, Vertreterin aller Schweizer Frauenstreikkollektive**

Wir alle haben gehört, wie katastrophal die Situation auf Lesbos ist.

Für flüchtende Frauen und Mütter, trans, intergeschlechtliche, nonbinäre und queere, homo, bi- und asexuelle Menschen bietet diese Situation besonders viele Gefahren. In dieser Lage sind sie massiver psychischer, physischer und sexueller Bedrohung und Gewalt ausgesetzt. Sie haben kaum Möglichkeiten sich zu schützen oder Unterstützung zu bekommen. Auch (unbegleitete) Minderjährige und Menschen mit psychischer und physischer Beeinträchtigung sind besonders vulnerabel.

Die Infrastruktur in den Flüchtlingslagern trägt den spezifischen (Schutz-) Bedürfnissen keine Rechnung, was zu noch mehr Gewalterfahrungen führt. Die wenigen Orte, die spezifische Unterstützung und Schutz boten wie das Camp Pikpa wurden von den griechischen Behörden geräumt. Als sei das noch nicht genug, kommt noch die Corona Pandemie dazu. Statt die Menschen zu evakuieren und ihnen die Einhaltung hygienischer Massnahmen zu ermöglichen, werden sie in den Lagern eingesperrt. So soll sich das Problem wohl von alleine lösen – menschenverachtender geht es nicht! Diese Politik muss ein Ende finden!

Am 16. September 2020 haben 21 Organisationen, u.a. mehrere feministische- und Frauen\*streikkollektive einen Aufruf veröffentlicht, um die Forderungen von #evakuierenJETZT mit einem Fokus auf besonders vulnerable Personen wie allein reisende Frauen, LGBTINQA+-Menschen und deren Familien zu unterstützen. Ein halbes Jahr später verurteilen wir als feministische Kollektive die Haltung des Bundesrats und die beschämend geringe Zahl an geflüchteten Personen, die nach dem Brand von Moria aufgenommen wurden.

Wir unterstützen nach wie vor die Forderungen von #evakuierenJETZT nach Schutz und Aufnahme für alle Geflüchteten und nach einer solidarischen Beteiligung der Schweiz an der Aufnahme aller geflüchteten Menschen, die auf Lesbos ausharren. Wir dürfen nicht länger wegschauen, wir müssen unsere Verantwortung wahrnehmen und jetzt handeln!

Frauen\*Streik/feministischer Streik Schweiz

LGBTINQA+: Ist eine Abkürzung für Lesbian, Gay, bi-, trans, intergeschlechtliche, non-binäre, queere und asexuelle Menschen.

### **Für Rückfragen**

Miriam Helfenstein: 079 296 88 58